PCI : Erneuerung oder Transformation : Demokratie als Weg des Sozialismus

Autor(en): **Uesseler, Rolf**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **10 (1990)**

Heft 20

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652544

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Diskussion

Rolf Uesseler

PCI: Erneuerung oder Transformation

Demokratie als Weg des Sozialismus

Verfolgt man in Rom die Diskussionen ausländischer Journalisten über die PCI, was in der Regel einem Austauschen von vorgefassten Meinungen gleichkommt, und liest dann ihre entsprechenden Berichte in New York Times, Le Monde, Süddeutsche Zeitung, Weltwoche, so muss man zu der Überzeugung kommen, dass hier die Selbstdemontage eines Kolosses vorgenommen wird, aus dessen Überresten eine sozialdemokratische Partei entstehen soll. Dass es schwierig ist, die Diskussionen, Debatten und Kontroversen, die seit über einem Jahr in der PCI ablaufen, zu verstehen, steht ausser Frage – und ebenso, dass die italienischen Massenmedien einem aussenstehenden Beobachter die Arbeit des Verstehens nicht gerade erleichtern.

Was im folgenden versucht wird, ist die Dynamik der politischen Ereignisse nachzuzeichnen, um in einem nachfolgenden Schritt auf einige der Kernpunkte der Debatte einzugehen; schliesslich auf Probleme, die weit über den Rahmen linker italienischer Politik hinausgehen und theoretische Fragen aufwerfen, die alles andere als gelöst gelten können und für die die europäische Linke noch Antworten finden muss.

Beginnen wir mit einer Chronik der politischen Ereignisse. Wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 tritt der Sekretär der PCI A. Occhetto mit einem seit längerem gehegten Projekt an die Öffentlichkeit, eine neue linke Partei zu gründen, in die die PCI durch einen Transformationsprozess einfliessen und damit eines der tragenden Fundamente der "neuen politischen Formation" bilden soll. Dieser Vorschlag, der notwendigerweise auch die Änderung des Namens und des Symbols der PCI einschliesst, ruft einen enormen, nie gesehenen Protest unter einem grossen Teil der Mitglieder, Wähler und Sympathisanten wie auch in der Führungsspitze der kommunistischen Partei hervor. Es bildet sich die Front des "no", derjenigen, die "Nein" zu diesem Vorschlag sagen, und eine Koalition um Occhetto, die Front des "si", die das Projekt unterstützt. Die Unüberbrückbarkeit der einzelnen Positionen führt dazu, dass Occhetto seinen Vorschlag formalisiert und auf dem Sonderparteitag im März 1990 in Bologna zur Abstimmung stellt. Die Anträge des "no" um Ingrao/Natta einerseits und Cossutta (dem sogenannten "orthodoxen" Flügel) andererseits können 30 bzw. 3 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen; 67 Prozent der Parteitagsdelegierten sprechen sich für den Vorschlag von Occhetto aus. Damit ist der "verfassungsgebende Prozess für eine neue politische Kraft" zwar eröffnet, doch das Tauziehen nicht beendet. In den sechs Monaten bis Oktober 1990

blockieren sich "si" und "no" bei der Ausarbeitung einer neuen Programmatik teilweise wechselseitig und damit auch die rund 600 Komitees, Clubs, Vereinigungen, die sich als "Externe" gebildet haben, um sich an der Bildung der neuen politischen Formation zu beteiligen und weitere rund 400, die im Aufbau begriffen sind. Mitte Oktober schlägt Occhetto einen neuen Namen vor ("Demokratische Partei der Linken" – "Partito democratico della sinistra" PDS) und ein neues Symbol (ein Baum mit weitausladender grüner Krone an dessen Wurzeln und Stamm das alte Parteiabzeichen PCI mit Hammer und Sichel lehnt). Dieser Vorschlag ruft nicht nur in der "no"-Front, sondern auch in der "si"-Front Kritik sowohl von 'rechts' wie von 'links' hervor. Ende Oktober wird die Kommission zur Erarbeitung eines neuen Programms eingesetzt. Für Ende Januar 1991 ist der 20. Parteitag einberufen, der letzte der der kommunistischen Partei Italiens, auf dem Programm, Name, Symbol und Statut der neuen Partei beschlossen werden.

Betrachtet man die wesentlichen Argumentationsketten der einzelnen Positionen in der PCI, so muss zuvor an eine Gemeinsamkeit aller erinnert werden, die bisher das Gespenst der Spaltung oder Abspaltung gebannt hat. Die wohl untypischste aller Parteien, die aus der kommunistischen Internationale nach der Oktoberrevolution erwachsen ist, hat – so die gemeinsame Überzeugung – kein kompromittiertes Erbe eines totalitären, in Konkurs gegangenen Systems über Bord zu werfen; sie kann im Gegenteil sogar auf eine erfolgreiche, auf die erfolgreichste Politik einer kommunistischen Partei in den kapitalistischen Gesellschaften des Westens blicken. Der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" und das Scheitern oder Verschwinden der ehemaligen "Bruderparteien" tangiert die PCI höchstens mittelbar.

Die Differenzierungen und Gegensätze innerhalb der PCI beginnen dort, wo Schlussfolgerungen gezogen werden aus den weltweiten Veränderungen, die sich aus dem Ende des Bipolarismus (und damit endgültig des Kalten Krieges) und der sozialistischen Länder ergeben haben.

Der rote Faden, der sich durch die Front des "no" und damit durch in der Vergangenheit so unterschiedliche Positionen wie die von Ingrao, des früheren Parteisekretärs Natta, Tortorella, Chiarante oder der ehemaligen Mitglieder der Manifestogruppe Magri und Luciana Castellina oder die "Orthodoxen" um Cossutta zieht, ist das Bestehen auf der Bezeichnung "kommunistisch" und der Beibehaltung der 'Identitätskarte' PCI. Ihre Position ist folgende: Sie bejahen eine – auch grundlegende – Erneuerung der PCI, eine Transformation in eine neue politische Partei: nein. Die Begründung ist eine doppelte. Einerseits, so argumentieren sie, haben wir italienischen Kommunisten im Gegensatz zu fast allen anderen nie die Modelle des sogenannten "realen Sozialismus" verfolgt oder gutgeheissen, sondern haben sie seit Anbeginn kritisiert und den "Totalitarismus" seit längerem auch öffentlich angeklagt – und häufig lauter und heftiger als viele sozialistische und sozialdemokratische Parteien, bis hin zum endgültigen Bruch mit Moskau; den Ein-Parteien-Systemen bzw. Diktaturen des "realen Sozialismus" haben wir immer die Demokratie entgegengehalten und unsere politische Devise, für die wir auch in Italien nicht erst seit dem Widerstandskampf gegen den Faschis-

mus gekämpft haben, war und ist, dass es 'ohne Demokratie keinen Sozialismus' geben kann. Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten stellt deshalb nicht die PCI in Frage, sondern stellt – so ihre Argumentation – gerade den Beweis für die Richtigkeit unserer Analyse und eine Bestätigung unserer Einschätzungen dar. Es wäre deshalb geradezu selbstmörderisch, würde man der Propaganda der Gegenseite in Italien, die uns als Partei lieber schon gestern als morgen tot gesehen hätte, aufsitzen, die den italienischen Kommunisten eine Mitschuld an dem Desaster im Osten zuschreibt.

Sich selbst des Namens und der Tradition der kommunistischen Bewegung zu berauben, berge aber noch eine andere, wenn nicht noch grössere Gefahr in sich (eine Argumentationsrichtung, die stark von Il Manifesto und vor allem von Rossana Rossanda unterstützt wird). Das hiesse die arbeitenden Menschen und die eigenen Mitglieder einer Utopie zu berauben, einer Utopie, die noch nie real geworden ist, noch nie realisiert wurde. "Nicht der Kommunismus ist kompromittiert, sondern ein teils unmenschliches System, das Politiker, Bürokraten und Parteien, die sich kommunistisch nannten, errichtet haben." Das hiesse implizit zuzugeben, dass es keine Alternative zum bestehenden kapitalistischen Herrschaftssystem gibt; hiesse zu akzeptieren, dass das Modell der westlichen kapitalistischen Demokratien das einzig erfolgreiche, das einzig lebensfähige, das einzige Zukunftsmodell ist. Und dies würde dann folgerichtig bedeuten, dass Politik sich zukünftig darauf beschränkte, Reformen, Veränderungen, Verbesserungen in diesem vorgegebenen, festgelegten und akzeptierten Rahmen vorzunehmen.
Und hier setzt die Front des „no" ihre grundlegende Kritik am vorgeschlagenen und vorgenommenen Transformationsprozess der PCI an, da sie nicht der Auffassung ist, dass dieses Modell das einzige, bestimmt nicht das beste aller möglichen ist.

Hier trifft sich diese Argumentation mit der Position des sogenannten linken „si" um Leute (wie dem den Gewerkschaften nahestehenden Bassolino), die sich zwar für eine neu zu gründende, breitere linke Partei aussprechen, aber ebenfalls die Vorstellung eines demokratischen Sozialismus propagieren, den sie dem heutigen kapitalistischen System gegenüberstellen. Damit kritisieren sie – ebenso wie das „no" um Ingrao und andere – implizit jenen „Reformflügel" in der PCI (der zur Koalition des „si" gehört) um Leute wie G. Napolitano, die als „miglioristi" („Verbesserer") bezeichnet werden. Die „miglioristi" setzen sich vor allem für eine enge Zusammenarbeit mit der PSI Craxis ein, haben den Beschluss für einen Beitritt der PCI in die „Sozialistische Internationale" auf dem letzten Parteitag durchgesetzt; haben auf ihre Fahnen den „riformismo" geschrieben und orientieren sich stark – wenn auch nicht ausschliesslich – an der SPD Lafontaines und deren neuem Grundsatzprogramm.

Obwohl sie innerhalb der Gesamtpartei eine Minderheit darstellen und nur 10 bis 15 Prozent der Mitglieder repräsentieren, stellen sie in der Front des "si" einen Machtfaktor dar, der in der Lage ist, die Entscheidungen des Parteivorstandes und seines Vorsitzenden zu konditionieren. Das vornehmliche Ziel der "miglioristi" ist, nach dem Vorbild der deutschen SPD und der

englischen Labour-Party auch in Italien endlich nach 45jähriger, ununterbrochener DC-Herrschaft, was "zu einem Bankrott von Staat und Gesellschaft geführt hat", über einen Machtwechsel in die Regierungsverantwortung zu gelangen. Dies könne nur erreicht werden – so ihre Argumentation –, wenn der Weg zur "sozialistischen Einheit", zur Einheit aller Sozialisten beschritten wird; und das heisst ein graduelles Zusammenwachsen einer neuen sozialistischen Partei, zu der sich die PCI entwickeln müsse, gemeinsam mit der bestehenden sozialistischen Partei Craxis, der PSI. Vorrangige Aufgabe sei nicht, eine antikapitalistische Strategie oder eine kommunistische Utopie zu verfolgen, sondern drängender und dringender für Italien,vor allem für die arbeitenden Menschen sei es, grundlegende Reformen der Institutionen, Bürokratien, Staatsapparate etc. einzuleiten, um die jetzige Parteienherrschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen zu brechen und einer vor allem sozial orientierten Marktwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

Zwischen diesen sehr ausgeprägten Positionen und Strömungen bewegt sich die (zahlenmässig) stärkste Gruppierung, die sich um den Parteivorsitzenden Occhetto zwar gescharrt hat, doch kein einheitliches Konzept vertritt. Was sie einigt, sind mehr die offenen Fragen als die schon fertigen ('alten') Antworten und Rezepte. Sie verbindet der Wunsch nach einer grösseren, offeneren und weiteren ideologisch nicht vorprogrammierten, enthierarchisierten und dezentralisierten Partei; der Wunsch, nach einer anderen Form als bisher Politik zu machen; und die Überzeugung, dass unabhängig von Schuld oder Nicht-Schuld der Zusammenbruch des 'realen Sozialismus' und des Bipolarismus nicht nur die herkömmlichen Wahrheiten und Analysen von seiten der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien (ob in kommunistischer, sozialistischer oder sozialdemokratischer Zielsetzung) in Frage gestellt hat, sondern auch die Instrumente, die sie anbieten, um die Widersprüche und Krisen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, des "Kapitalismus der dritten Phase" zu begreifen und erfolgreich zu verändern. Einig sind sie sich, dass diese Form des Produzierens und Reproduzierens, die Art und Weise soziale Beziehungen und die Gersellschaft mit ihren Institutionen als Ganzes zu organisieren, zu einer Katastrophe führen muss (Nord-Süd-Konflikt, ökologisches Ungleichgewicht, organisierte Kriminalität, Machtoligarchien und Entmachtung der Individuen etc. sind nur einige der Stichworte).

Betrachten wir nun einige der Kernpunkte, um die die Diskussion für eine neue Partei kreist und die neue Horizonte in der linken Debatte aufreissen. Bei der Beschreibung fällt ein neuer Denominator ins Auge, auf den sich ausser der Occhetto-Gruppe auch Philosophen und Politologen mit sonst so unterschiedlichen linken Auffassungen wie M. Cacciari, P. Flores D'Archais, A. Bolaffi, S. Veca, M. Tronti, G. Vacca und andere einigen können: das Konzept der "Demokratie", darin unterstützt vom "grossen Alten" der italienischen Nachkriegsphilosophie Norberto Bobbio. Demokratie, nicht verstanden in ihrer heutigen Reduktion – wie in den westlichen Gesellschaften – auf "res publica", sondern in ihrer eigentlichen Bedeutung, d.h. erweitert um die Machtfrage. "Die Demokratie und nicht der Kommunismus oder Sozialismus ist das wahre Ziel einer modernen Arbeiterbewegung, das sehr viel

fortschrittlichere/fortgeschrittenere Ziel", schreibt beispielsweise Flores D'Arcais. Und fügt hinzu, dass im Vorschlag von Occhetto die eigentliche oder grösste Neuheit für die Linke darin besteht, dass er die Demokratie in all ihren Implikationen und Tragweiten als "Ziel" in den Mittelpunkt gestellt hat. Denn es gelte – so auch andere Intellektuelle – nicht über den Westen hinauszugehen, sondern die Triade der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" als Kampfforderung für die individuelle und soziale Befreiung jener Herausforderung gegenüberzustellen, die heute die Demokratie zur Bühne reiner Machtausübung degradiert hat; was zur Folge hat, dass einige Oligopole die Gesellschaft bis in ihre kulturellen Verästelungen verwalten, verrechtlichen, bevormunden, verformen und beherrschen. Demokratie also nicht als leerer Behälter mit mehr oder weniger festen Spielregeln, sondern Demokratie als Anspruch.

Die Frage nach Demokratie und Macht bzw. Demokratisierung und Machtverteilung – oder: die Entmachtung herrschender Eliten in Wirtschaft, Gesellschaft, Staat – ist zu einem der Schlüsselthemen der "neuen Partei"-Richtung und ihrer Diskurse geworden. "Das liberaldemokratische Thema der Bürgerrechte, heute wieder von grosser Aktualität, zeigt – zwei Jahrhunderte nach der französischen Revolution –, dass in der modernen Epoche das Problem der Macht nicht gelöst worden ist", schreibt M. Tronti. "Die Einforderung von Bürgerrechten steht immer noch auf der Tagesordnung, weil keine Verschiebung von Machtstrukturen stattgefunden hat. Gültig bleibt, dass man immer wieder von der Aufgabe spricht, den Citoyen zum handelnden Subjekt zu erheben, weil bislang nur der Bourgeois gesiegt hat." Und weiter: "Über den Weg der Auseinandersetzung und nicht durch Autorität muss zu einer anderen praktischen Kritik des Machtfaktors übergegangen werden. Eine neue Theorie der Demokratie hat hierin ihr politisches Fundament." Und Tronti kommt zu der Schlussfolgerung: "Das Ziel, über den Weg der Machtkonzentration im Sozialismus die Abschaffung der Macht im Kommunismus zu erreichen, ist gescheitert. Umgekehrt muss vorgegangen werden. Anfangen, hier und jetzt den Prozess der Auflösung von Macht zu organisieren."

Diese Idee der Demokratisierung durch Umverteilung von Macht und damit 'Entmachtung' jetzt herrschender Kreise wird für viele Bereiche theoretisiert (von der Wissenschafts/Technologie- bis zur Informationsbeherrschung) und spielt auch in den Überlegungen der PCI-Genossinnen eine grosse Rolle: vor allem in Form von Macht als Gewalt, als Verhinderung von Befreiung, als Verneinung des Prinzips und der Realität der Geschlechterdifferenz. Und so stellen PCI-Frauen dem eine neue politische Kultur der "Konfliktualität" gegenüber. Die Anerkennung der Differenzen, der Unterschiede erfordert – so ihre Argumentation – zur gegenseitigen Verständigung die Auseinandersetzung, den friedlichen Konflikt. "Gewalt, Macht sind deshalb die wahre Negation des Konflikts, der Auseinandersetzung im Leben der Personen und Völker untereinander." Die Gewaltlosigkeit – und hier einen Gedankengang Gandhis verarbeitend – nicht als Befriedung oder Pazifizierung von Konflikten, sondern als Voraussetzung und Mittel der

Auseinandersetzung, gelte es als Prinzip linker Politik zu verankern.

An der Denkfigur der ‚Verschiedenheit' setzen auch andere wie beispielsweise der Leiter des Gramsci-Instituts G. Vacca mit ihren Überlegungen an. Für ihn ist „Demokratie nicht mehr die Quelle, um die Alle-Menschen-sind-gleich-Parole und Gleichmacherei zu propagieren, sondern um die Unterschiede zwischen den Menschen, ihre Individualität aufzuwerten – und dies in Formen solidarischer Zustimmung". Die radikale Neuerung für Vacca besteht darin, dass im Gegensatz zur herkömmlichen Konzeption von Freiheit und Solidarität, die ‚solidarische Freiheit', gleich Förderung und Aufwertung der Unterschiede ist. Und er zeichnet in seinen „Ideen für eine neue Partei" darüber hinaus auch eine andere Konzeption des Staates und seiner Funktionen in der Demokratie auf. Die Konzeption von der Demokratie – bzw. Demokratisierung – als Weg *des* Sozialismus (und nicht *zum* Sozialismus) realisiert sich nur in einem Prozess, nur über das Erkämpfen, Erreichen und Geltendmachen von Rechten, Befugnissen, Machtinstrumenten in den Händen der Bürgerinnen und Bürger (Gleichberechtigung und Befreiung bleiben für die Frau als Garantien stumpf, wenn sie nicht auch Macht, Machthebel in der Hand hat, um diesen Anspruch im Alltag spüren lassen zu können). Daraus – so Vacca mit kritischem Rückblick auf die Tradition der Arbeiterbewegung – ergibt sich nicht (wie bisher) die Delegierung von immer mehr Macht seitens des Bürgers an den Staat, an seine Institutionen und Parteien, sondern die immer stärkere Rückbringung und - Verlagerung (Dezentralisierung) von Macht in die Hände des Individuums und seiner Organisationen. Und in diesem Zusammenhang spielen in den theoretischen Überlegungen wie auch praktischen Aktionen der Occhetto-Gruppe die Bewegungen, vor allem die Bürgerbewegungen, im Verhältnis zur „neuen politischen Formation" eine enorme Rolle. Eine neue Konzeption von Demokratie/Sozialismus setzt sich somit von der herkömmlichen Vorstellung des Staates ab, so Vacca, weil ihre Inhalte einerseits über dessen Grenzen hinausweisen und andererseits Dimensionen von Freiheit aufgerufen sind, die eine Umkehrung der Vorstellungen von der Souveränität, vom Souverän und vom überlieferten Staatsbürger notwendig machen.

Demokratie/Sozialismus, so könnte man den Kern dieser Überlegungen beschreiben, ist also nicht formaler Rahmen, vorgegebene Realität oder gesetztes Recht und Machtstrukturen, die über den Staat garantiert werden, sondern ist ein Prozess, der als Resultat politischen Handelns beständig Macht in die Rechtssphäre der Individuen verlagert, die sie solidarisch verwalten.

Ähnlichen Überlegungen gehen im Bereich der Wirtschaft Leute wie P. Barcellona nach, indem sie sowohl die Überwindung von "staatssozialistischen" Vorstellungen (und deren Scheitern) wie von welfare state-Konzeptionen bzw. sozialdemokratischen, etatistischen Umverteilungsmodellen thematisieren. "Wenn der Mensch den rein quantitativen und ökonomischen Fortschritt über sich selbst stellt", schreibt Barcellona, "und die Kontrolle dieses Prozesses dem System der Privatwirtschaft überlässt, übergibt er in Wirklichkeit das Entscheidungsrecht über die Bedingungen von Pro-

duktion und Reproduktion des Lebens an eine Privatmacht; Bedingungen, die hingegen nur kollektiv aufgelöst und verändert werden können, gerade heute im Zeitalter grösster Interdependenz." Und gerade die zunehmende Interdependenz und die verstärkt transversal funktionierende Multinationalisierung der Unternehmen beschwören "die Gefahr eines tendenziell totalitären Kommandos des gesellschaftlichen Lebens herauf". Das stellt nicht nur "das Überleben der Demokratie als Selbstregulierung freier Menschen in Frage, sondern neigt zur Neutralisierung der Dialektik von Objektivierung des produktiven und technologischen Prozesses und der bewussten Subjektivität der lebenden Individuen, damit nicht nur zu einer produktivistischen Lösung der globalen Menschheitsprobleme. Die Kritik des Kapitalismus in dieser von der Mikroelektronik dominierten Phase gesellschaftlicher Entwicklung zielt daher nicht nur auf die Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise und der Ausbeutung und Entfremdung des Lohnarbeiters, sondern zugleich auf die Untergrabung der Bedingungen des Überlebens der Menschheit und der materiellen Voraussetzungen von Freiheit und Demokratie".

Um diese Gefahren und das heisst vor allem auch dem immanenten Totalitarismus in der „kapitalistischen Phantasie" zu begegnen, muss – so Barcellona und andere – die Demokratisierung in alle Bereiche der Produktion und Reproduktion hineinreichen und hineingetragen werden. „Hier wird die Kluft offensichtlich, die die liberal-demokratische Position von den anderen trennt: Man kann den Konflikt nicht nur auf eine Konfrontation zwischen den ökonomischen und parteienbezogenen Oligarchien und den integren Befürwortern der Gründe der Demokratie reduzieren. Im materiellen Leben und in der Praxis von Millionen von Menschen ist sehr viel mehr die Konfrontation zwischen denen verankert, die meinen, dass die Demokratie alle sozialen Beziehungen betrifft, angefangen mit den Produktions- und Reproduktionsformen des Lebens, und denjenigen, die weiter den Primat der Wirtschaft und die Gleichgültigkeit des ökonomischen Kalküls gegenüber jeglicher kollektiven Definierung der sozialen Ziele verteidigen, was praktisch bedeutet: exklusive Macht für diejenigen, die den Wirtschaftsprozess beherrschen, und private Aneignung des Reichtums".

Es könnten noch weitere Ansätze, Konzeptionen neuer linker politischer Kultur erwähnt werden, die sich im Rahmen dieses Transformationsprozesses der PCI entwickelt haben. Was jedoch herausragt, ist der intensive Versuch, in diesem sich ausbreitenden Diskussionsprozess die – oft sehr unterschiedlichen – Ansätze auf den verschiedenen Ebenen umzusetzen. Einig ist man sich dabei, dass die Überwindung der herrschenden Zustände in den kapitalistisch verfassten Demokratien in diesem Gesellschaftssystem *selbst* gefunden werden muss und dass die neuen Veränderungsformen von einer sozialen Utopie – und heisse sie richtigerweise Kommunismus – getragen werden.

Literatur

Armeni, R.: L'arco del no. Rinascita no. 35, 14.10.90.

Barcellona, P.: Per una sinistra che vada oltre l'orizzonte socialdemocratico. l'Unità 12.7.90. ders.: Discutiamo l'interrogativo di fondo: cosa si vuole cambiare e rispetto a che cosa? l'Unità 18.10.90.

Bobbio, N.: L'utopia capovolta. 1990; s. auch ders.: Die Zukunft der Demokratie. Rotbuch Verlag Berlin 1988.

Documento/PCI: L'autonomia delle donne nella fase Costituente. Supplemento dell' Unità 19.10.90.

Flores D'Arcais, P.: Achille e gli oligarchi. La Repubblica 20.10.90. Siehe auch ders.: Oltre il PCI. Per un partito libertario e riformista. Genua 1990.

Ingrao, P./Bertinotti, F/Barcellona, P.: Dialogo sul capitalismo della terza fase. In: democrazia e diritto, 3-4, Roma 1990.

Magri, L.: Il partito e el sue forme. Rinascita, no. 35, 14.10.90

Mancini, Merlini, Benini: Programmi e Mozioni. Il dibattito nel PCI. Rinasita, no. 38, 4.11.90.

Prospero, M.: La via del riformismo. Socialismo senza 'fuoriuscite'. Rinascita, no. 39, 11.11.90.

Pennacchi, L.: Strategie per l'individuo flessibile. Rinascita, no. 34, 7.10.90.

Rossanda, R.: Il PCI e la 'crisi del communismo'. Il Manifesto 7.10.90. Siehe auch R. Rossanda: Zwei Geschlechter – zwei Gesellschaften. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 5/1990.

Tronti, M.: Un revisionismo comunista. Rinascita no. 17, 3.6.90. In dt. Übers.: Kommunistischer Revisionismus. Um was es im PCI geht. In: Sozialismus 8, Hamburg 1990.

Vacca, G.: Idee per il nuovo partito. Supplemento dell'Unità 19.10.90.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die ausgezeichnete Arbeit von Sergio Bologna: Theorie und Geschichte des Massenarbeiters in Italien. Teil I - III. In: ‚1999', Zeitsch. f. Sozialgeschichte. (H. 2/89, H. 1/90, H. 2/90). Hamburg 1989/90.

Auf Antonio Gramsci, Gründer der PCI im Jahre 1921, werden wir aus Anlass seines 100. Geburtstages (22.1.91) in WIDERSPRUCH 21 eingehen.

VORWÄRTS

Die *sozialistische Wochenzeitung* kommt 1991 mit neuem Konzept und neuem Format heraus. Für NeuabonenntInnen jetzt mit 20 Prozent Rabatt.

Probeabo: 4 mal gratis. **Abos**: 120.-/Jahr, 64.-/Halbjahr.

Reduziert: 80.-/Jahr, 43.-/Halbjahr (StudentInnen, RentnerInnen, Erwerbslose).

Vorwärts, Postfach 8701, 3001 Bern, Tel. 031/25 47 00.